Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.80 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.75 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67877.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 241. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 15. Oktober 1931. | 13. Jahrgang.

Hättest du Licht und Heil
Mir nicht gegeben,
Hätt' ich kein andres Teil,
Hätt' ich kein Leben.

Albert Knapp.

Danzig als Eckpfeiler des deutschen Ostens.

Von O. Bungeroth.

„Danzig ist der Eckpfeiler des deutschen Ostens" schreibt in der Zeitschrift „Deutsche Grenzlande" Staatsarchivdirektor Dr. Kaufmann. „Bricht er zusammen, so stürzt das ganze Uebrige, Ostpreußen geht verloren, und der heute schon unerträglich eingeengte deutsche Volksboden verliert sein einziges, ihm noch offen gebliebenes Tor für eine Ausdehnungsmöglichkeit seines gewaltsam zusammengepreßten Volkskörpers. Diese Erkenntnis müßte Gemeingut des deutschen Volkes sein. Um so erstaunlicher ist es, wie groß in weiten Kreisen des Deutschen Reiches noch heute die Unkenntnis der Bedeutung dieser wahrhaft schicksalsmäßigen Frage und wie groß darum die Gleichgültigkeit gegen die schwere, ja, Lebensgefahr ist, in der sich Danzig befindet, und die, wenn das deutsche Volk nicht endlich erwacht, zum Tode Danzigs führen muß."

In der Tat. Wer macht sich bei allen eigenen Gegenwartsnöten heute, vor allem im Westen und Süden des Reiches, viel Gedanken um das vom deutschen Vaterland unter der gleißnerischen Maske eines Freistaates abgetrennte Danzig?! Allenfalls erinnern wir uns noch dunkel eines Jugendromanes, wie des „Bannerherrn von Danzig" oder eines in den Mauern der altersgrauen Stadt spielenden Bandes der „Ahnen" von Gustav Freytag oder ähnlicher, weit hinter uns liegender Dinge und bedauern nur, daß diese interessante Stadt nun nicht mehr zum deutschen Reichsverband gehört. Aber das ist so ziemlich alles.

Und doch ist Danzig durch das ganze Mittelalter hindurch mit seiner noch heute ragenden Marienkirche und dem herrlichen Rathaus ein Eckpfeiler des Ostens, vor allem gegen alle Anstürme des Polentums gewesen. Durch alle Jahrhunderte hindurch, bis auf die glückliche Zeit seiner Zugehörigkeit zu Preußen und Deutschland seit mehr als 100 Jahren, hat Danzig, trotzdem es zeitweise unter dem vertraglich anerkannten Schutz des polnischen Königs, hernach des polnischen Adelsparlamentes stand, drei Grundsätze schwerwiegendster Art aufrecht erhalten:

1. Danzig war Herr in seiner auswärtigen Politik, konnte selbständig Kriege führen und Frieden schließen, hatte seine eigenen diplomatischen Vertreter und sein eigenes Militär.

2. Danzig hatte das alleinige Verfügungsrecht über seinen Hafen und

3. Danzigs Handel lag ausschließlich in den Händen seiner, vor allem im Baltikum heimischen Bürger und Kaufleute. Der Pole aber war Fremder in Danzig, genau wie jeder andere Ausländer.

Durch die Schaffung eines Freistaates Danzig durch den Völkerbund nach dem Weltkrieg sind im wesentlichen, abgesehen von einer sinnlosen Militäroberhoheit, alle drei Grundsätze, rein formell wenigstens, wieder anerkannt worden dadurch, daß man aus der ehemaligen Provinz- und Handelsstadt einen Freistaat gemacht hat.

Allerdings hat, um dies vorwegzunehmen, das Fehlen einer Militäroberhoheit noch jüngst Polen Veranlassung gegeben, zur Unterdrückung angeblicher Unruhen in Danzig mit militärischen Maßnahmen zu drohen, was aber der Völkerbundskommissar verständigerweise als überflüssig abgelehnt hat.

Alle drei oben genannten Grundsätze hängen eng zusammen und bilden ein unzertrennliches Ganzes: seine Souveränität, sein Hafen und sein Handel.

Dieser Dreiheit gilt der Kampf Polens. Danzigs politische, maritime und wirtschaftliche Selbständigkeit ist Polen ein Dorn im Auge.

Schon in Versailles hat Polen versucht, Danzig ganz in seine Gewalt zu bringen. Da dies nicht von vornherein gelungen ist, versucht es, dieses Ziel auf Umwegen zu erreichen und zwar mit den allerraffiniertesten Mitteln.

Als Mittel dieser Art dient ihm in erster Linie die Bekämpfung des Deutschtums in Danzig.

Daß Danzig heute noch seiner Bevölkerung nach eine rein deutsche Stadt ist, kann selbst der wildeste Deutschenhasser nicht ableugnen. Das haben sämtliche Wahlen der letzten Jahre ergeben. Gerade deshalb sucht aber Polen mit allen Mitteln das Zahlenverhältnis zwischen Polen und Deutschen zu seinen Gunsten zu verschieben.

Das Versailler Diktat hat die Eisenbahnen nicht der Freien Stadt, sondern der Republik Polen zugewiesen. So kann Danzig in seinem eigenen Staatsgebiet nicht über sein wichtigstes Verkehrsmittel verfügen. Polen aber hat in Danzig eine Eisenbahndirektion nicht nur für das Danziger Gebiet, sondern auch gleich für Pommerellen eingerichtet. Obgleich es die Verpflichtung übernommen hatte, für den Danziger Bahnverkehr in erster Linie Danziger Staatsangehörige einzustellen, drängt es die Danziger mit allen Schikanen aus dem Dienst, stellt Polen an und macht so zahlreiche Eisenbahnerfamilien brotlos.

Auch auf dem Gebiet des Schulwesens versucht Polen in Danzig zu polonisieren. Ein eigenes Gesetz über Schulwesen regelt den ungestörten Schulbesuch polnischer Kinder in Danzig so vorzüglich, daß dasselbe bei den Beschwerden der deutschen Minderheiten in Polnisch-Oberschlesien als vorbildlich für die gleichen Anstalten deutscher Sprache erklärt wurde. Diese Schulfürsorge erstreckt sich sogar auf die unpolitischste Einrichtung, die Kleinkinderschule.

Danzig hatte ferner bekanntlich für seine besonderen Bedürfnisse das Recht erhalten, ein polnisches Postamt im Danziger Hafen zu errichten. Jetzt geht, natürlich mit Bewilligung des Völkerbundes, mitten durch die Stadt, und zwar ihre verkehrsreichsten Teile, eine Zone, in der die polnische Post der Danziger Konkurrenz macht, einen bedeutenden polnischen Beamtenapparat aufstellt und die Danziger Finanzen im Jahre um Millionen schädigt.

Der stärkste und wuchtigste Sturmbock Polens gegen Danzig aber ist zweifellos der, in der Tat erfolgreiche, Bau des Gdingener Hafens samt dem Ausbau seiner Zufahrtsstraßen. Treffen sie doch in immer wachsendem Maße den Lebensnerv Danzigs, den Handel und den diesem dienenden Hafen.

Das Drückende dabei ist, daß der Danziger Hafen, der durch neueste Ausbauten bedeutend vergrößert ist und infolgedessen den ganzen polnischen Umschlag, etwa in einem Polen verpachteten Freihafen, mit Leichtigkeit bewältigen könnte, seit 1927 von Jahr zu Jahr durch die Konkurrenz Gdingens zurückgeht. Der Danziger Umschlag sank von 1924 an von 100 auf 60 Prozent im Jahre 1930, während der von Gdingen von 0 Prozent auf 32 stieg; der Passagierverkehr — Polen leitet zwangsmäßig z. B. seinen Auswandererverkehr über Gdingen — sank in Danzig sei 1927 von 45 000 Reisenden auf 27 000. Der von Gdingen stieg von rund 7000 auf 25 000.

Sollte nach dem Versailler Diktat Danzig der Ausfuhrhafen für Polen werden, so hatte damit Polen diesem Hafen gegenüber nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten übernommen. Dieser Bestimmung zuwider arbeitet Polen systematisch darauf hin, den Danziger Hafen samt seinem Handel zu ruinieren. Hatte Polen bei seinen in Versailles erhobenen Machtansprüchen, die einen Ausgang zum Meer zur ersten Bedingung machten, die Weichsel nebst allen ihren Anwohnern als „Strom Polens" erklärt, so läßt es jetzt seit Jahren schon den zu preußischer Zeit mit ungeheuren Unkosten regulierten Weichselstrom systematisch versanden. Dadurch wird der Danziger Hafen natürlich zwangsläufig in Mitleidenschaft gezogen und mit Versandung bedroht. Die Tonnenzahl der Flußdampfschiffahrt ist in ungeheurem Maße zurückgegangen.

Andererseits hat Polen für Gdingen riesenhafte Summen zur Herstellung von Zufahrtsstraßen ausgegeben, vor allem für die Kohlenmagistrale, d. h. die das polnisch-oberschlesische Kohlengebiet mit Polens einzigem Hafen verbindende Eisenbahn. Dieselbe dient natürlich auch strategischen Zwecken, wie die Beteiligung der französischen Firma Schneider-Creuzot beweist, und kürzt den Weg um 130 Kilometer.

Wird durch Vernachlässigung der Weichsel die Hauptzufuhrstraße außer den, auch in polnischen Händen ruhenden, nach Danzig führenden Eisenbahnlinien absichtlich geschmälert, so leidet der notwendige Ausbau des Danziger Hafens selbst darunter, daß in dem sogenannten Hafenausschuß mit eigener Kasse und Flagge nicht weniger als 50 Prozent Polen sitzen.

Dieses völlig unberechtigte Mißverhältnis macht sich vor allem, was nicht auf wirtschaftliche, sondern politische Hintergründe hinweist, bei der Tariffestsetzung für beide Konkurrenzhäfen geltend. Der Danziger Tarif ist mit Hülfe dieses Ausschusses achtmal höher angesetzt, als der von Gdingen. Bedenkt man, wie scheinbar zum eigenen Schaden Polens, die Billigkeit dieses Gdingener Tarifs die dortige Fracht belastet in dem mit ungeheuren Kosten errichteten Hafen, so ersieht man daraus die unverkennbare Absicht Polens, demnächst durch Boykott Hafen und Handel Danzigs zu ruinieren und durch wirtschaftliche Not die deutsche Bevölkerung des Freistaates auf die Knie zu zwingen.

„Darin besteht die Tragik des Danziger heldenmütigen Kampfes", sagt ein Kenner Danzigs, „der nicht der Kampf einer beliebigen Stadt, sondern des ganzen deutschen Ostens (mit seinem verhängnisvollen Korridor) und darum auch Sache des ganzen deutschen Volkes ist. Das muß das deutsche Volk erkennen, wenn es sich nicht selbst aufgeben will."

Reformen! Reformen!!

Von Atlanticus.

An dem Elend, das immer bedrohlichere Formen annimmt, ist nach Ansicht der einen das kapitalistische Wirtschaftssystem schuld, nach Ansicht anderer die Uebertreibung sozialistischer Eingriffe in die Wirtschaftsvorgänge. Was ist nun richtig? Haben wir überhaupt noch ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, oder muß man nicht richtiger von einer „kalten Sozialisierung" reden?

Ich fürchte, daß man kaum die Gegner der einen oder der anderen Auffassung von der Irrtümlichkeit ihrer Ansicht überzeugen kann. Um der Wahrheit willen aber muß immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß wir es heute weder mit einer rein kapitalistischer Wirtschaft noch mit einer rein sozialisierten zu tun haben, sondern mit einem Wechselbalg, einem fürchterlichen Gemengsel teils kapitalistischen, teils sozialistischen Gepräges. Das aber ist „kalte Sozialisierung", am klarsten und deutlichsten erkennbar an dem untragbaren Steuersystem, unter dem alle, sowohl die Armen, die von der Hand in den Mund leben, wie die sogenannten „Reichen", die noch etwas zuzubrocken haben, zugrunde gerichtet werden.

Eine spätere Zeit, die mehr Abstand von den Dingen haben wird, als wir ihn haben können, wird sicherlich von einem fluchwürdigen Steuersystem dieser Zeit reden und wird dankbar derer gedenken, die das arme geschundene und gepeinigte Volk von diesem Widersinn befreit haben.

Wer hat Schuld daran, daß es so gekommen ist? Etwa nur die Sozialisten, ganz gleich, ob sozialdemokratischer oder bürgerlicher Observanz, etwa die Kommunisten? Nein, schuld ist jeder einzelne Mann und jede einzelne Frau, die in Verkennung ihrer Pflicht bei den oft genug gebotenen Gelegenheiten, sei es im Reich, in den Einzelstatten, in den Kommunen, von ihrem Stimmzettel keinen Gebrauch machten, um durch ihre Stimmabgabe mit zu helfen, daß der Widersinn beseitigt werden könnte.

Darüber hinaus ist der verlorene Krieg schuld an der beklagenswerten Entwicklung. Ein verlorener Krieg bringt stets, ganz abgesehen von den Lasten an Kriegsentschädigungen aller Art, eine Verringerung an Vermögen und Einkommen mit. In völliger Verkennung dieser Tatsache aber hat man geglaubt, trotzdem nach der gewaltigen Einbuße an Werten aller Art noch besser leben, sich besser kleiden und auch besser wohnen zu dürfen, anstatt daß man von vornherein eisernste Sparsamkeit walten ließ, nicht allein in den Haushalten des Reiches, der Einzelstaaten, der Gemeinden, sondern auch in den meisten Privathaushalten. Zumindest mußte man bei Ueberwindung der Inflationsära Schluß mit der Verschwendung machen. Das hat man nicht getan, man braucht sich deshalb auch nicht über die Folgen zu wundern.

Uebrigens, jetzt die Schuldfrage noch aufrollen zu wollen, heißt den Ernst unserer Lage immer noch verkennen. Wer Schuld hat, mag später zur Rechenschaft gezogen werden, jetzt ist vor allen Dingen nötig, die Bahn frei zu machen für eine andere und bessere Art der Geschäftsführung. Schließlich soll man auch nicht übersehen, daß wohl keiner von denen, die sich an dem Wohlergehen der deutschen Wirtschaft versündigt haben, das aus reinem bösen Willen tat. Man muß sich nur einmal vorstellen, was dabei herauskommen muß, wenn eine ganze Generation von Volkswirten mit sogenannten „sozialen" Ideologien aufgefüttert wird.

Läßt sich überhaupt bei uns noch ein scharfer Trennungsstrich zwischen kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftsgebilden ziehen? Ist es nicht vielmehr so, daß man die sozialistischen Unternehmungen samt und sonders als großkapitalistisch ansprechen muß, angefangen von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit dem Riesenapparat von konsumgenossenschaftlichen Filialen, der Arbeiterbank, der Fahrradfabrik, die aus gewerkschaftlichen Mitteln gegründet werden konnte, den verschiedenen Bauunternehmungen, Verlagen usw.? Was sind endlich die Wirtschaftsunternehmungen der großen

411 Städt. Bibliothek S 839

Kommunen anderes als großkapitalistische Gebilde ersten Ranges, die in ihrer Endwirkung nichts anderes erreichen, als die Expropriierung des kleinen und mittleren selbständigen Handwerkers, Kaufmannes usw?

Andrerseits nun die „Sünden" der kapitalistischen Unternehmungen! Der Fall der Danatbank rief alles, was Gegner privatwirtschaftlicher Wirtschaftsform ist, auf den Plan. Doch, woher kam das Fiasko der Danatbank? Durch den Abzug kurzfristiger Leihgelder durch das Ausland. Und weshalb diese kurzfristigen Leihgeschäfte? Nun, die „kalten Sozialisierungsmaßnahmen" sind es gewesen, die eine Ansammlung eigenen Arbeitskapitals durch die Wirtschaft verhinderten, die jene fürchterliche Blutleere im deutschen Wirtschaftskörper verursachten, an der wir alle noch zugrunde gehen werden, wenn nicht im letzten Augenblick noch ein Retter aus der Not ersteht.

Genau so, wie Reich, Einzelstaaten und Gemeinden scharf hinter Auslandsanleihen her waren, so auch die Privatwirtschaft. Man war ja wie verrannt in die Idee: „Auslandsanleihen sind kein Uebel, nur durch sie können wir unseren Wiederaufbau leisten." Welch ein großes Uebel sie aber sind, das liegt nun klar zutage. Schlimmeres konnten wir uns tatsächlich nicht antun. Nicht allein der ungeheuren Zinsenlast wegen, sondern weil wir damit auf Gedeih und Verderb jedem Zugriff ausgesetzt wurden. Man hat es den Warnern immer verübelt, wenn sie darauf hinwiesen, daß unsere Gegner, die doch kein anderes Ziel kennen, als uns völlig zugrunde zu richten, die Waffe, die wir ihnen mit der Auslandsverschuldung in die Hand gaben, weidlich ausnutzen würden. Da hieß es dann immer: „Ein Kaufmann fragt nicht nach politischen Plänen, der will nur immer ein gutes Geschäft machen." — Nun, jetzt wissen wir, daß dem nicht so ist.

Gerechterweise muß man aber doch anerkennen, daß die Wirtschaftsführer nicht leichten Herzens sich zu den Leihgeschäften entschlossen, lange nicht so leichtsinnig, wie viele Stadtverwaltungen, die in unverantwortlicher Weise, vielfach getrieben von den „Stadtvätern", sich in derartig gewagte „Geschäfte" stürzten. Hätten die Wirtschaftsführer sich gänzlich jeder Anleihe enthalten, so wäre die Wirtschaft noch viel früher zum Erliegen gekommen, die Arbeitslosigkeit wäre viel früher in dem verheerenden Umfang in Erscheinung getreten, als es schließlich geschah.

Man sollte nicht davon reden, daß die Zeit der „freien Wirtschaft vorüber sei. Nicht diese Wirtschaftsform trifft die Schuldt, nicht die Wirtschaftsführer, sondern das System der Aussaugung auch des letzten Blutstropfens aus dem Wirtschaftskörper. Das zu verhindern aber waren sie machtlos. Gewarnt haben sie genug. immer und immer wieder. „Freie" Wirtschaft? Sie gab es längst nicht mehr. Hätten wir sie nur gehabt, es sähe anders aus, trotz Welt- und aller anderen Krisen.

Man mag noch so sehr an den Dingen drehen und deuteln, man mag noch so oft von „rein bürgerlichen" Regierungen reden, „die auch die Sache nicht besser machen konnten" — die Taten aller Regierungen haben bewiesen, daß sie bei allen ihren Maßnahmen nicht frei waren, sich einfach nicht frei machen konnten von marxistischen Jedeologien und Einflüssen, daß sie deshalb keinen Wandel schaffen konnten.

Man spricht soviel von „Ueberproduktion". So lange es, wie es tatsächlich der Fall ist, noch Menschen gibt, die Mangel an Kleidung, Mangel an einer menschenwürdigen Wohnung, Mangel an Nahrung haben, solange kann von einer „Ueberproduktion" nicht die Rede sein. Es ist genug Bedarf an Lebensmitteln, an Textilien aller Art, an gesunden Wohnungen usw. da, aber die Leute, die diesen Bedarf haben, können ihn nicht befriedigen, weil sie ohne Mittel sind, und sie sind ohne Mittel, weil man sie aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet hat. Ihnen wieder Arbeit zu verschaffen, ist die erste Aufgabe, die zu lösen ist, will man die Wirtschaft wieder ankurbeln. Nicht die billigen Nahrungsmittel, nicht die billigen Textilwaren, nicht die billigen Wohnungen sind die Vorbedingung zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse, sondern gute Nahrungsmittel zu angemessenen Preisen, gute Textilwaren, gute und gesunde Wohnungen. Man fängt eben alles bei uns am verkehrten Ende an. Das hat auch von der Siedlungspolitik zu gelten, wie sie namentlich im Osten betrieben wird. Die Leute können tatsächlich ihres Lebens nicht froh werden. Man rede nur einmal mit ihnen, man sehe sich einmal die Verhältnisse an, unter denen man ihnen zumutet, zu leben und zu arbeiten. Jeder dieser Siedler will gerne jede Art der Entbehrung für den Anfang auf sich nehmen, wenn nur Aussicht vorhanden wäre, daß er in harter jahrzehntelanger Arbeit vorwärts kommt, oder wenigstens doch seine Kinder. Nach allem aber, was man da zu sehen bekommt, ist ein Erfolg dieser Art „Siedlungspolitik" gänzlich ausgeschlossen.

Man sagt ferner, daß es an der verkehrten „Verteilung" läge, wenn Lebensmittel verfaulten, Textilwaren unverkäuflich seien. Nein, es fehlt am Geld. Das beginnt man auch einzusehen und kommt nun mit allerhand Ratschlägen für irgendwelche Arten von Binnenlandswährung, also Doppelwährungen. Eine solche Währung würde aber ganz gewiß das Uebel nicht beseitigen. Man könnte ganz gut, da es heute eine Anzahl von Grundstücken gibt, die hypothekarisch unbelastet sind, weil die Mittel fehlen, auf diese Grundstücke aller Art von Reiches wegen Hypotheken legen. Das wäre eine erstklassige „binnenländische Devise", auf deren Vorhandensein hin mehr Geld gedruckt werden könnte. Beileibe aber darf nicht der Fehler gemacht werden, auf Grund solcher Werte etwa erneut „Auslandsanleihen" zu beschaffen. Die Parole muß sein: „Nicht für einen Pfennig mehr vom Ausland borgen!" Deutsche Arbeit muß die Werte schaffen, auf Grund deren wir nach unseren Bedürfnissen die Geldanweisungen herstellen, die nötig sind. Der Einwand, daß dies eine neue Inflation bedeute, ist nicht stichhaltig, denn für das auf Grund der Reichshypothek hergestellte Geld haften Goldwerte, denn das sind die Grundstücke.

Ich höre schon den Einwand: „Aber wird das Ausland uns solche „verwässerte" Mark auch abnehmen, zum richtigen Kurs?" Erstens handelt es sich ja gar nicht um eine „verwässerte" Mark, und zweitens mag das Ausland dann gern seinen Kram behalten, um so besser für unsere Inlandsproduktion. Es würde aber gar nicht dazu kommen, denn das Ausland braucht uns, weil es doch seine Produkte auch los werden will. Schlimmstenfalls wäre es auch kein Unglück, wenn wir ein paar Jahre mal keinen Kaffee und Thee trinken würden. In den Notzeiten nach den Freiheitskriegen hat die morgendliche Mehlsuppe unseren Vorfahren absolut nicht geschadet.

Schließlich: Es ist wohl richtig, daß es bei uns noch immer mit der Organisation des Absatzes der landwirtschaftlichen Produkte hapert. Die landwirtschaftlichen Organisationen sind auf dem besten Wege, diese Fehler zu beseitigen. Fortschritte sind schon zu verzeichnen. Nicht behördliche Einmischung, nicht Reglementierung, sondern Zusammenarbeit der Wirtschaftsfaktoren, das ist es, was nötig ist, und was auch, soweit man sehen kann, mit Ernst und Verständnis betrieben wird. Wenn Hand in Hand damit eine großzügige Arbeitsbeschaffung geht, wenn durch Einführung der Arbeitsdienstpflicht für jedermann, ohne Ausnahme, die armen Menschen vom Nichtstun wieder erlöst werden, wenn anstelle des unsinnigsten aller Steuersysteme eine wirkliche Reform des Steuerwesens, der Verwaltung erst einmal eingeführt ist, dann wird es auch wieder besser werden. Das Eine aber sei noch gesagt — viel Zeit ist nicht mehr zu verlieren.



Politisches Fingerspitzengefühl.

Der französische linksgerichtete Politiker und frühere Ministerpräsident Edouard Herriot gilt in Frankreich und anderwärts als Kenner der deutschen Sprache und Psyche. Er hat ein umfangreiches Werk über Beethoven verfaßt, hält Vorträge über Wagner, deutsche Kunst usw. Sein Urteil über deutsche Dinge gilt als Urteil eines Kenners. In seinem Buch „Créer" (Schaffen), das im Jahre 1920 erschienen ist, schreibt Herriot folgendes über Deutschland:

„Der preußische Charakter ist ohne Zweifel einer der abstoßendsten, denen man begegnen kann. Grausamkeit, Heuchelei, Lüge, diese schlimmen Eigenschaften, die sich schon 1870 gezeigt haben, sind seitdem nur noch schlimmer geworden . . .

Der geringste Fehler der Deutschen (der aus der Anbetung der Gewalt entspringt) ist, daß er sich in der Niedertracht gefällt; er fühlt, daß er da eben bei sich zu Hause ist. Seine Spezialität ist das Verbrechen; der Weltkrieg wird zur Genüge seine Vollkommenheit in der Technik des Mordes gezeigt haben . . . Da er die Gefühle von Rechtschaffenheit und Ehre nicht kennt, wie sollte dieser Barbar Mitleid kennen?

Aber man muß gerecht sein. Der Deutsche ist auch Dieb aus innerem Beruf; zu allen Zeiten hat er sich der Beute wegen geschlagen, und sein schmutziger Makel ist noch sein Geschmack an der Lüge und deren Begleiterscheinungen wie Spionage und Denunziation. Diese Schändlichkeiten sind ihm so natürlich, daß sie ihm kaum zum Bewußtsein kommen."

In einer Kammerrede im Januar 1931 hat Herriot u. a. folgendes ausgeführt:

„Ich fürchte, daß selbst das republikanische Deutschland den Kultus der Gewalt beibehalten hat. Selbst bis in die Wagnerschen Werke hinein ist dem Kampf ein Platz reserviert, den unsere Dichter vorziehen, der Liebe einzuräumen . . ."

Und in Zeitungsaufsätzen hat er oft genug erklärt, daß eine Aenderung der Friedensverträge Krieg bedeutet. Auch das geflügelte Wort eines Franklin-Bouillon „Frankreichs Grenzen sind an der Weichsel" hat er sich zu eigen gemacht.

Herr Herriot hat dieser Tage sein 25jähriges Jubiläum als Bürgermeister der zweitgrößten Stadt Frankreichs, Lyon, gefeiert. Viele haben ihm gratuliert. Unter anderen haben die Herren Brüning und Curtius diesem edlen Freunde Deutschlands ihre Glückwünsche übermittelt.

Clemenceau hat einst gesagt: „Die Deutschen muß man brutal behandeln. Je rücksichtsloser man ihnen gegenüber ist, desto freundlicher sind sie." Ob Herriot beim Erhalt der unnötigen Gratulationen dasselbe gedacht haben wird? — E. F. K.

Forderungen der ehemaligen Kriegsgefangenen.

1,5 Milliarden Goldmark, die nicht auf Reparationskonto gutgeschrieben wurden.

Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener e. V. hat aus Anlaß des Besuches der französischen Minister an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Nach dem Waffenstillstand und der Heimschaffung der französischen Kriegsgefangenen aus Deutschland hielt Frankreich über 400 000 kriegsgefangene Deutsche zurück. Es gab sie erst unter dem immer stärker werdenden moralischen Druck der Weltmeinung im Frühjahr 1920 frei. Während dieser Zeit wurden die kriegsgefangenen Deutschen von Frankreich zu den schwersten und gefähr-

Erntefest in Freistatt.

Freistatt, den 10. Oktober 1931.

Unsere Anstaltsgemeinde feierte am 9. dieses Monats ihr Erntefest. In den Morgenstunden machte das Wetter nicht den Eindruck, als wolle die Sonne scheinen. Gegen Mittag klärte sich der Himmel aber auf, und über Freistatt lachte der hellste Sonnenschein. Der Festzug stellte sich um 2 Uhr auf dem Hofe von Freistatt auf und setzte sich von da aus in Richtung auf den Moorstätter Sportplatz in Bewegung. Dem Zuge voran ritten 2 Herolde, denen sich der Erntewagen anschloß, der schwer beladen mit Früchten der diesjährigen Ernte war.

Zu Beginn der Feier sang der gemischte Chor unter Leitung von Herrn Hausvater Didwiszus das Lied: „Das ist ein Duften und Blühen!" Dann begrüßte Herr Pastor Ungerer die Anwesenden mit einer kurzen Ansprache. Der Grundgedanke seiner Rede war die vierte Bitte des Vaterunsers: „Unser täglich Brot gib uns heute." Wenn wir auch in einer schweren, ernsten Zeit leben, und mancher Familienvater seine Familie kaum zu ernähren weiß, so haben wir hier in Freistatt doch noch allen Grund, dankbar zu sein, zu danken von ganzem Herzen für die reiche Ernte, die uns Gott auch in diesem Jahre wieder bescherte. Und wer wirklich von Herzen danken könnte, der könnte auch richtig von Herzen fröhlich sein und in aller Fröhlichkeit ein Erntefest feiern.

Dann sang der Chor noch einmal ein Lied: „Hab' oft im Kreise der Lieben." Nachdem ein Erntespruch aufgesagt worden war, folgten Unterhaltungsspiele, die zur Belustigung der Kleinen bestimmt waren, und von den Zuschauern mit regem Interesse und großem Beifall verfolgt wurden. Der Jungmädchenchor sang dann wieder einige Lieder. Als weitere Programmnummer war ein Hindernisrennen aufgeführt. Es war lustig anzusehen, mit welcher Geschicklichkeit die Jungen über Hürden kletterten und durch aufgehängte Fässer krochen. Weitere kleine Aufführungen trugen zur Unterhaltung bei. Fritz Reuters bekanntes Stück „Die Wette" erntete wohl den meisten Beifall. Es wurde von Brüdern und Zöglingen der Anstalt aufgeführt. Einen mächtigen Beifall verdiente sich der Herr, der den Bäckermeister in diesem Stück spielte. Durch sein meisterhaft beherrschtes Mienenspiel zeigte er, daß er der Rolle vollkommen gewachsen war. Der Leiter der Anstalt, Herr Pastor Janssen, schloß dieses so schön und vergnügt verlaufene Fest, indem er mit herzlichen Worten all denen dankte, die zur Verschönerung des Festes beigetragen hatten. Das gemeinsam gesungene Lied: „Nun danket alle Gott!" gab dem Fest einen würdigen Abschluß. —

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Erwin Zindler, **Fünf Brüder Braderup.** Roman. Leipzig 1931. K. F. Koehler G. m. b. H. Verlag. Geh. 3,30 Mark, Ganzleinen 4,80 Mark.

Erwin Zindler läßt seinem bekannten niederdeutschen Kriegserlebnisbuch „Auf Biegen und Brechen" das Schicksalsbuch einer Familie folgen, das ebenfalls das Wesen jenes schwerblütigen, treuen, gegen sich selbst und andere so harten niederdeutschen Menschenschlages, der zu den besten unseres Volkes gehört, widerspiegelt. Pastor Uwe Braderup, Träger einer Doppelwelt triebhafter Erdgebundenheit und erworbener Geistigkeit — zweier Kräfte, die selbst sein unbeugsamer Wille nicht immer zu vereinen vermag —, zerbricht an dem Tode seines zweiten Sohnes. Dessen vier Brüder, jeder ein ganzer Kerl, werden Opfer des Krieges, in dem sie als echte deutsche Männer rücksichtslos ihr Leben einsetzen. Im Mittelpunkt alles Geschehens aber steht Mutter Elke, eine jener feinnervigen, zarten und doch so willensstarken Frauen, vor deren stiller Heldengröße jeden tiefe Ehrfurcht ergreift, und deren aus den Trümmern ihres Lebens- und Mutterglücks geretteter Glaube an eine bessere Zukunft ihres Volkes in gleicher Weise erhebt und erschüttert.

Steinkopfs Antiquariatsverzeichnis Nr. 79 enthält vorwiegend wissenschaftl. theol. Bücher (eine Anzahl in lat. Sprache. Nr. 80 vorwiegend fürs praktische Amt, erbaul., belehrende Handbücher. Ferner erscheint in kurzer Zeit: Nr. 81, vorwiegend volkstüml. erbaul. Bücher und Schriften (Arndt, Hofacker, Stark usw.) Freunde guter theologischer erbaulicher Literatur seien auf diese von J. F. Steinkopf, Stuttgart, Marienstraße 11, kostenfrei angebotenen Kataloge aufmerksam gemacht.

„Brot." Von Dr. Volkmar Klopfer. Verlag für angewandte Lebenspflege, Emil Pahl, Dresden A. 16. Preis 0,50 RM.

In dieser Schrift erläutert der Verfasser auf Grund dreißigjähriger praktischer Erfahrungen die Bedeutung des Roggenproblems und weist nach, daß der Roggen an sich namentlich im Gehalt an lebenswichtigen Stoffen dem Weizen überlegen ist und daß kein Grund besteht, das Weizengebäck dem Roggenbrot vorzuziehen; Voraussetzung ist nach Dr. Volkmar Klopfer das Mitverarbeiten des schlummernden Roggenkeims und der Verbrauch des Roggens in Form von Vollkornbrot. Die Schrift enthält Aeußerungen vieler Wissenschaftler zu dem wichtigen Roggenproblem. Dr. Klopfers Schrift ist für Aerzte, gebildete Laien und alle diejenigen wertvoll, die sich für Ernährungsaufgaben interessieren, und zeigt, wie Dr. Klopfer praktisch die Aufgabe, ein gutes Vollkornbrot zu bereiten — das bekannte Klopfer-Brot kann mit Hilfe der enzymatisch aufgeschlossenen Klopfer-Kleie in ganz Europa hergestellt werden — angepackt hat.

Kulturbolschewismus. Von Dr. phil. K. Hutten. Verlag des Evang. Volksbunds, Stuttgart. Preis 60 Rpf.

Dieses Schriftchen behandelt die mannigfachen geistigen Stömungen der Gegenwart, die zu einer mächtigen Einheit zusammengewachsen von der Tiefe her unsere Kultur zersetzen und auf kulturellem Gebiet das Seitenstück des politisch-sozialen Bolschewismus darstellen. Es ist darum notwendig, daß jeder, der verantwortungsbewußt im heutigen Leben steht, darüber Aufklärung bekommt, weil das Zerstörungswerk des Kulturbolschewismus ebenso gefährlich ist wie die politische Arbeit von Moskau. In kurzen Ausführungen zeigt die Schrift die Wege, die zu einer inneren Ueberwindung des Kulturbolschewismus führen.

lichsten Wiederherstellungsarbeiten im zerstörten Kriegsgebiet verwendet. Diese unter schweren materiellen und seelischen Opfern der kriegsgefangenen Deutschen und ihrer Angehörigen geleistete Wiederaufbauarbeit muß auch offiziell von Frankreich als eine Reparationsleistung anerkannt und ihr Wert Deutschland auf Reparationskonto gutgeschrieben werden. Der Wert ist mit 1,5 Milliarden Goldmark errechnet worden. Bisher ist eine solche Gutschrift nicht erfolgt, hat es aber auch an ernsthaften Bemühungen einer deutschen Regierung in dieser Hinsicht gefehlt. Wenn Frankreich und seinen leitenden Staatsmännern wirklich an einer Verständigung mit Deutschland gelegen ist, dann sollte es nicht zögern, die erste Leistung Deutschlands zur Wiederherstellung der Kriegsgebiete in ihrer moralischen und materiellen Bedeutung anzuerkennen."

Wir glauben nicht, daß die Reichsregierung den Besuch der französischen Minister benutzt hat, diese selbstverständlichen Forderungen zur Sprache zu bringen, bezw. durchzudrücken.

Brüning kämpft um den alten Kurs

Kanzler-Erklärung im Reichstag

— Berlin, 14. Oktober.

Unter stärkstem Zuschauerandrang und in Anwesenheit sämtlicher Minister sowie nahezu aller Abgeordneten eröffnete der Reichstag seine Winterarbeit mit der Entgegennahme einer Regierungserklärung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Präsident Löbe, während sich die Abgeordneten von ihren Sitzen erhoben, der verstorbenen Parlamentarier Kerp und Gmeinder. Am Platze des Abgeordneten Kerp lag ein Strauß gelber Rosen, an dem des Abgeordneten Gmeinder ein mit einer Hakenkreuzschleife geschmückter Strauß roter Rosen.

Reichskanzler Dr. Brüning

begann die Verlesung der Regierungserklärung mit einem Dank an die drei ausgeschiedenen Minister Dr. Curtius, Dr. Wirth und von Guérard, und fuhr dann fort:

Die Reichsregierung ist ergänzt durch einen bewährten Vertreter der Wirtschaft, der als Sachberater der Reichsregierung in den vergangenen Monaten zur Seite gestanden hat. Die Leitung des Wehr- und Innenministeriums ist in einer Hand vereinigt.

Mehr als je zuvor zwingt uns die heutige Notlage zu einer einheitlichen Zusammenfassung der staatlichen Machtmittel, namentlich auch der von dem Reichspräsidenten erlassenen besonderen Machtbefugnisse, gegen alle Bestrebungen und Strömungen, die den Staat zu bedrohen suchen. Die Sicherung der Autorität des Reiches ist die Vorbedingung der Festigung des Vertrauens nach innen und außen und für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau, an dem alle positiven Kräfte mitarbeiten müssen.

Die Leitung der Wehrmacht wird ihre bisherigen bewährten Grundsätze weiter verfolgen und Gewähr dafür bieten, daß dieses wichtigste Machtinstrument des Staates jederzeit seinen Aufgaben gewachsen ist. Das Justizministerium ist in die Hände eines Mannes gelegt, der seit einem Menschenalter dem Staate in schwerster Zeit besonders treu und erfolgreich gedient hat. Die Leitung des Außenministeriums wird in meiner Hand liegen.

Ich werde die Außenpolitik im Geiste der Besprechungen der letzten Monate, vor allem der jüngsten deutsch-französischen in Berlin, fortführen. Die Reichsregierung erwartet das Heil nicht allein durch internationale Verhandlungen oder Hilfe des Auslandes. Aber Deutschland hat im letzten Jahrzehnt am eigenen Leibe mehr wie alle Nachbarn gespürt, wie die ungelösten politischen Fragen der Welt die innere Not bis zur Grenze des Erträglichen gesteigert und wachsende Verzweiflung in allen Schichten des Volkes genährt haben. Deshalb hat Deutschland das Recht, an die Völker der Welt den Appell zu richten, die Bemühungen zu der unerläßlichen solidarischen Zusammenarbeit endlich zur praktischen Tat werden zu lassen.

Ich glaube, daß in den vergangenen Monaten ein gewisser Fortschritt in solcher Gesinnung erzielt worden ist. Allen Völkern sollte inzwischen lebendig vor Augen geführt sein, daß das Schicksal jedes Staates mehr denn je in der Vergangenheit mit dem Schicksal der Nachbarn verflochten ist. Kein Staat kann auf die Dauer einen wirklichen Vorteil aus der Not der anderen Länder erwarten.

Die verderblichen Folgen politischer Zahlungen ohne wirtschaftliche Gegenleistungen haben die gesamte Welt ohne Ausnahme in heute noch unabsehbare Bedrängnis geführt.

Die weitschauende Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika hat leider nur eine vorübergehende Erleichterung geschaffen. So groß auch ihre Bedeutung war und so dankbar sie vom deutschen Volke empfunden wurde, schon die Ungewißheit in den Fragen der politischen Zahlungen übt fortgesetzt eine lähmende Wirkung auf den internationalen Wirtschafts- und Finanzverkehr aus.

Unmittelbare und offene Aussprachen, wie sie in Chequers, Paris, London, Rom und hier in Berlin gepflogen wurden und weiterhin zu führen sind, sollen den Weg zur tatsächlichen Solidarität der Nationen ebnen. Denn es muß die Möglichkeit gefunden werden, klare und ehrliche Stimmungen zwischen den Nachbarn zu schaffen. Deutschland fordert bei aller verständnisvollen Rücksichtnahme auf die Lebensnotwendigkeiten der Nachbarn die Verwirklichung des Grundsatzes der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung unter den Völkern. Ich warne vor Augenblickslösungen unter dem Druck dringender materieller Not. Sie würden, auf die Dauer gesehen, schlimmere Folgen haben, als der gegenwärtige Zustand.

Die weitergreifende Zerrüttung der Kreditwirtschaft der Welt hat die Reichsregierung von Woche zu Woche vor neue Aufgaben gestellt. Die Aufgabe der Reichsregierung wird es sein, die Regierungsmaßnahmen elastisch den jeweiligen neu auftretenden Auswirkungen der Weltkrise anzupassen. Die Reichsregierung nimmt für sich als einen Erfolg in Anspruch, daß sie rechtzeitig und als erste im Kreise der großen Nationen mit entscheidenden Sparmaßnahmen in den öffentlichen Ausgaben und mit möglichster

Senkung der Erzeugungskosten

begonnen hat. Hierdurch allein ist die Erschütterung der gesunden Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft verhindert worden. Das Beispiel der Reichsregierung hat Nachahmung in der ganzen Welt gefunden. Es ist anerkannt worden als eine mutige Einstellung auf eine schwere Zukunft.

Die Krise des englischen Pfundes,

deren endgültige Lösung noch nicht sicher beurteilt werden kann, stellt Reichsregierung und Reichsbank vor neue Aufgaben. Noch stärker als in den vergangenen Monaten ist **eine Einstellung von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik aufeinander und eine Anpassung des deutschen Selbstkosten- und Preisniveaus an die wirtschaftliche Entwicklung nötig. Im Zusammenhang mit dem zu errichtenden Wirtschaftsbeirat wird in kurzer Frist ein**

Wirtschaftsprogramm

ausgearbeitet.

Dieses Programm hat als erste Voraussetzung die Aufrechterhaltung der Stabilität unserer Währung, an der unter keinen Umständen gerüttelt werden darf. Von entscheidender Wichtigkeit ist die Durchführung eines Planes zur Tilgung der kurzfristigen Schulden und eine endgültige Klärung der Reparationsfrage.

Fehler der Vergangenheit im Wirtschaftsaufbau müssen schneller ausgeräumt werden. Die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung, die ihre Fortsetzung finden werden, haben dazu gedient, die Selbstkosten der deutschen Wirtschaft zu verringern, die Ausgaben der öffentlichen Hand herabzusetzen und die mit Fehlinvestitionen vom Kapital verbundenen Gefahren für die Zukunft einzuschränken. Die Schwierigkeiten, in denen sich Deutschland durch Krieg, Inflation und Reparationslasten befand, haben dazu geführt, daß die großen Unternehmungen durch ausländische Kredite eine sehr starke Expansion betreiben konnten, während der Mittelstand in der Betätigungs- und Entfaltungsmöglichkeit zurückgeblieben ist. Eine in vieler Hinsicht ungesunde Entwicklung ist die Folge. **Die Kreditpflege gerade für Mittelstand,** kleinere und mittlere Industrie muß auch bei der Bankenpolitik in der Zukunft eine der wichtigsten Aufgaben sein. Landwirtschaft, Grundbesitz und Industrie leiden unter zu hohen Zinssätzen. Ihre Senkung ist ein anderes unerläßliches Mittel zur Herabsetzung der Produktionskosten, wenn wir nicht zu einer völligen Schrumpfung der deutschen Wirtschaft kommen wollen.

Die Sozialpolitik

muß derartig gestaltet und gehandhabt werden, daß sie sich den finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einfügt.

Dabei kann an dem verfassungsmäßig verbrieften Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft nicht vorbeigegangen werden. Vor allem gilt das auch für den Tarifgedanken, der als solcher gesund ist und erhalten werden muß, aber größerer Elastizität in der Handhabung bedarf. Die Tarife müssen veränderten Verhältnissen schneller angepaßt werden können. Der Grundgedanke einer guten Sozialpolitik muß gerade in gegenwärtiger Notzeit Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Pflicht erkennen lassen, ihre Angelegenheiten gemeinsam unter möglichst eigener Verantwortung und unter möglichst geringer Einmischung des Staates zu regeln.

Mit einer solchen Politik muß Hand in Hand gehen die Behandlung der Kartellfrage, da die Preisgestaltung den wechselnden wirtschaftlichen Bedingungen und der gesunkenen Kaufkraft im Inlande schnell angepaßt werden muß.

Eine Verzinsung und Tilgung der kommerziellen Schulden ist nicht möglich, wenn den deutschen Waren die Weltmärkte in fortschreitendem Maße gesperrt werden. Diese vielfach befolgte Politik führt zu einer Zerrüttung der Weltwirtschaft, an derem Ende die völlige Verarmung aller Völker stehen wird. Die Reichsregierung ist gewillt, alle Schritte zu tun, um einer solchen Politik zu begegnen. Ebenso klar ist sie sich allerdings darüber, daß

Die Bedeutung des Binnenmarktes

in der kommenden Zeit stärker in den Vordergrund treten wird. Diesem Ziele dienen auch die Pläne einer erweiterten und beschleunigten Siedlung auf dem Lande und im Vorfeld der Städte, die gleichzeitig eine seelische Entlastung von dem Druck der Arbeitslosigkeit bringen soll.

Alle im Inland vorhandenen Produktionsmöglichkeiten müssen bis auf das letzte ausgenutzt werden, zumal die Notwendigkeit besteht, mit dem vorhandenen und anfallenden Devisenbeständen sparsam zu wirtschaften. Einschränkungen der Einfuhr werden im wesentlichen dort erfolgen müssen, wo die heimische Produktion, insbesondere die Landwirtschaft, die vorliegenden Bedürfnisse ausreichend und zu angemessenen Preisen decken kann.

Der Weg des deutschen Volkes

ist klar vorgezeichnet. Er ist hart und schwer, aber auch keinem anderen Volke bleiben harte Maßnahmen erspart bis zu dem Tage, an dem die Not die Völker der Welt zu einheitlichen Maßnahmen gezwungen hat. Das deutsche Volk hat im instinktiven Bewußtsein, daß ein klarer, ehrlicher, wenn auch dorniger Weg zum Erfolge und zur Freiheit führen kann, bislang die schwersten Opfer ertragen.

Gerade weil das deutsche Volk, wenn es Gerechtigkeit, Zielklarheit und Hoffnung auf einen Enderfolg sieht, zu den schwersten Opfern befähigt ist, ist es Pflicht der Reichsregierung, dafür zu sorgen, daß alle Versuche der Ausnutzung der Notlage des Staates und der Wirtschaft durch unwahrhafte Agitation verhindert werden. Die Oeffentlichkeit muß die Gewißheit haben, daß Auswüchsen des politischen Kampfes mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird und daß der Staat entschlossen ist, die Grundlagen der Ruhe und Ordnung im Zusammenleben sicherzustellen. Aus diesem Grunde sind durch mehrere Notverordnungen eine Reihe von scharfen Maßnahmen getroffen worden. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß Notverordnungen und polizeiliche Maßnahmen allein nicht ausreichen, sondern nur den Weg freimachen können.

Entscheidend im ganzen ist der richtunggebende ethische Wille. Der Wille zur nationalen Selbstbehauptung, zur Freiheit, aber auch zur Selbstzucht und zum Opfer für das Vaterland. Diesen Willen in unserem Volke und besonders in unserer Jugend zu wecken, sieht die Reichsregierung als ihre wichtigste Aufgabe an. Das Volk und vor allem die Jugend muß vor den Einflüssen der Zersetzung geschützt und vom Geiste der Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit erfüllt sein. Die Reichsregierung wird alle Kraft in den Dienst ihrer vornehmsten Aufgaben zur Rettung des Vaterlandes stellen.

Die Verlesung der Regierungserklärung wurde von den Kommunisten mit Zwischenrufen unterbrochen, von den Mittelparteien — und vereinzelt auch von den Sozialdemokraten — mit Zustimmungserklärungen begleitet. Im Anschluß daran gab Reichskanzler Dr. Brüning in freier Rede noch einige weitere Erklärungen ab, wobei er ausführte:

Man hat mich einen Zögerer genannt, aber ich frage, wo unser Volk heute stände, wenn ich im Sommer dem Drängen nachgegeben und das Moratorium oder den Zahlungsaufschub ausgesprochen hätte? (Lebhafter Beifall.) Ich lasse mich lieber jeden Tag als Landesverräter beschimpfen, als daß ich die Nerven verliere und von dem Wege abweiche, den ich eingeschlagen habe. An dem Tage, an dem der Reichstag das von mir verlangt, würde ich sofort demissionieren (Beifall).

In dieser schweren Zeit des Vaterlandes wäre es ein nationales Erfordernis, daß sich eine

Regierung aller verantwortungsbewußten Parteien

zusammenfindet. Ich würde bereit sein, in einer solcher Regierung den kleinsten und niedrigsten Posten anzunehmen. Leider Gottes ist die Bildung einer solchen Regierung in Deutschland ausgeschlossen. Dem Volke wird in dieser schwe-

Ein Produkt der Entschlußlosigkeit

Nach schwierigen Verhandlungen hat die zweite Regierung Brüning endlich das Licht der Welt erblickt. Berge haben gekreißt! Ein neuer Außenminister ist nicht gefunden, weil offenbar Herr von Neurath keine Lust verspürt, den inhaltsreichen und interessanten Londoner Posten mit einer Stellung in einem Kabinett zu vertauschen, über dessen Lebensdauer man sehr verschiedener Meinung sein kann. Dr. Josef Wirth ist ausgeschifft. Der Reichswehrminister Groener hat sich bereit erklärt, an seiner Stelle das Reichsinnenministerium mit zu übernehmen. Wirtschaftsminister wurde der der Mitte nahestehende Dr. Warmbold. Treviranus wurde, nachdem verständlicherweise Dorpmüller abgesagt hatte, Verkehrsminister; Staatssekretär Joel ist Justizminister. Sonst bleibt alles beim alten. Auch Herr Dietrich wird die Finanzen des Reiches in der bisherigen Weise führen . . .

Angesichts dieses Ergebnisses drängt sich die Frage auf: Warum hat das erste Kabinett Brüning überhaupt demissioniert? Die Uebernahme der Geschäfte des schwer kompromittierten Außenministers Curtius hätte der Reichskanzler auch mit weniger Geräusch vollziehen können. Die innere Begründung für die Demission des Kabinetts war nach der Meinung vieler — wie der Erfolg zeigt, unmaßgeblicher — Leute die Absicht, die neue Regierung mehr dem Volkswillen und der aus der Weltlage sich ergebenden Notwendigkeit breitester und tiefster nationaler Konzentration anzupassen. Von dieser Tendenz zeigt das zweite Kabinett auch nicht eine Spur. Es ist durchaus eine Neuauflage der ersten Regierung Brüning. Bedürfte es noch eines Beweises für diese Behauptung, so würde es genügen, die Tatsache festzustellen, daß die Sozialdemokraten auch dieser Regierung Brüning Vertrauen entgegenbringen. Sie werden mit Rücksicht auf ihre linksradikale Sezession, sich zunächst noch ein bißchen sträuben, aber bei der Abstimmung im Reichstag werden sie brav mittun. Auf diese Abstimmung richten sich die Hoffnungen der Wilhelmstraße. Die durch viele Krisen geübten offiziösen Arithmetiker nutzten bereits gestern während des ganzen Tages ihre Rechenstifte ab, um die Hoffnung zu nähren, daß trotz der bösen Volkspartei eine Mehrheit für Fortsetzung des Kurses der Halbheiten sich finden werde. Die Meinungen hierüber gehen noch auseinander. Wirtschaftspartei und Christlich-Soziale haben an der Reichstagsauflösung und Neuwahlen, dieses bewährte Druckmittel dürfte auch in der nächsten Woche in Funktion treten, aus begreiflichen Gründen kein großes Interesse. Viel wird von der Haltung der Landvolkpartei abhängen. Es ist immerhin nicht ausgeschlossen, daß dieses Kabinett Brüning ein paar Stimmen Mehrheit bekommt. Wir wissen aber noch nicht, woher der Reichskanzler den Mut nehmen würde, mit einer solchen „Mehrheit" dieses Reichstages in einen Winter zu gehen, dessen Beginn schon im Zeichen schwerster innerer Spannungen steht.

Wir beklagen die Entwicklung, die die Dinge in den letzten Tagen angenommen haben. Es bedurfte nur eines Entschlusses, um dem deutschen Volke eine Regierung zu geben, die der äußeren Lage und den inneren Notwendigkeiten mehr entsprochen hätte als die jetzige. Auch wenn dieser Entschluß darin bestanden hätte, daß Dr. Brüning seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurückgab, hätten wir dies nicht bedauert. Es hätte die Klärung nur beschleunigen können. Dr. Brüning hat sich immer als kluger Taktiker, gewiegter Unterhändler und einwandfreier Charakter, vom menschlichen Standpunkte aus, bewährt. Aber in den entscheidenden Augenblicken ist er nicht Herr seiner Hemmungen und innerer Zwiespältigkeiten geworden. Er hat nicht den Mut gefunden, nach rechts zu optieren, obwohl er dunkel empfand, daß eine solche Option sich nicht mehr länger aufhalten läßt, wenn man nicht die Spannungen in der Oeffentlichkeit noch erhöhen will. Er hat es nicht fertig gebracht, den Trennungsstrich gegen links zu ziehen. Er hat Herrn Kaas immer wieder zu Breitscheid geschickt mit der Frage, ob den Sozialdemokraten dieser oder der andere Ministerkandidat gefallen würde. Diesen Hemmungen von links her ist Brüning endgültig zum Opfer gefallen. Die Folge ist, daß der Zustand fieberhafter Unruhe im deutschen Volk nicht beseitigt ist, sondern leider wohl noch erhöht werden wird, weil der allgemeine und natürliche Drang nach Klärung, nach neuer Luft und neuen Kräften unbefriedigt bleibt.

(B. B. Z.)

en Zeit nicht gedient durch die Formen des politischen Kampfes, die sich auf der

Harzburger Tagung

gezeigt haben und die auch nicht die Chancen des Erfolges einer kommenden Rechtsregierung sichern können. Wenn man in Panikstimmung macht über die Lage der Deutschen Reichsbank, dann zerstört man auch die Grundlagen einer kommenden Regierung. (Beifall.)

Ich weise Ausdrücke zurück, die den Glauben des deutschen Volkes an seine Währung erschüttern können (Beifall). Die Deutsche Reichsbank hat nichts zu verheimlichen.

Eine Reichsregierung, die etwa die Mark an die Entwicklung des englischen Pfundes anlehnt, hätte Notverordnungen nicht nötig. Ich habe bei der Uebernahme des Kanzleramts zu einem Wirtschaftssachverständigen gesagt: „Ich weiß, daß die Aufgabe, die ich jetzt übernehme, zu neunzig Prozent verloren ist!" Beizufügen ist, daß auch die Fehler, die insgesamt die öffentliche Hand und ein Teil der Privatwirtschaft in den ganzen sechs Jahren gemacht haben, mit schuld daran waren.

Es ist eine Kredit-Inflation aus dem Auslande eingetreten, die den gesunden Menschenverstand vernebelt und einen Schleier über alle Dinge gebreitet hat.

Darum will die Reichsregierung mit den in der Notverordnung zugelassenen Maßnahmen dahin wirken, daß wieder gesunde Prinzipien in der Privatwirtschaft einziehen, die auch in manchen großen Gesellschaften verlassen worden sind.

Erscheinungen, wie wir sie bei Javag und Nordwolle erlebt haben, dürfen nicht wiederkehren.

(Beifall). Durch die zu diesem Zweck getroffene Bankenkontrolle und gewisse Eingriffe in die Kartellwirtschaft hat sich die Regierung Angriffe aus bestimmten Wirtschaftskreisen zugezogen. Ich bin aber der Meinung, daß es gerade im Interesse der Privatwirtschaft liegt, wenn nicht durch solche Uebelstände im Volke der Eindruck entsteht, daß die Privatwirtschaft überhaupt nicht länger aufrechterhalten werden kann.

Wenn einzelne Organe der Rechten, so erklärte der Kanzler weiter, die Regierung für die Bankenkontrolle verantwortlich machen wollten, dann warne er, da er sonst von dieser Tribüne herab sehr deutlich werden könne. Zur Ehre der deutschen Banken müsse aber auch erklärt werden, daß auch ihre Organisation für die Krise nicht verantwortlich sei. Einem allgemeinen Run sei auch das gesündeste Institut nicht gewachsen.

Notwendig sei zur Gesundung der Wirtschaft eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern.

Es sei notwendig und nützlich, wenn beide Teile ihr Programm dazu vorlegen, nicht geschickt dagegen, wenn die Wirtschaft mit ihrem Plan ein Programm verbindet, das in dieser Form die gesamte Arbeitnehmerschaft in einer Einheitsfront gegen dieses Programm zusammenschließe. Es gehe nicht so, daß man ausschließlich die Gesundung von immer weiteren Lohnsenkungen erwarte. Die Reichsregierung gehe den Weg der Anerkennung der Wirklichkeit. Das sei der Weg des größten Widerstandes. Ich gehe meinen Weg weiter, beendete der Kanzler dann seine Ausführungen, und heute ist es so, daß meine Aufgabe nicht mehr zu neunzig Prozent verloren ist, wie bei der Uebernahme des Kanzleramtes, sondern daß das Verhältnis des Glücks oder Unglücks schon fünfzig zu fünfzig geworden ist.

Die Einfuhr ausländischer Agrarprodukte ist gegen früher ganz wesentlich zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten kritischen Monaten nicht so gestiegen, wie wir es früher befürchtet hatten. Der Weg ist frei, und auch der kommende Winter kann unter allen Umständen überwunden werden. Unsere Wirtschaft ist in ihrem Produktionsapparat gesund. Nahrungsmittel haben wir genügend. Für die öffentlichen Finanzen ist Vorsorge getroffen, und es müßte merkwürdig zugehen, wenn das deutsche Volk nicht den Lebenswillen und politischen Instinkt hätte, um auch über diesen Winter hinwegzukommen. Wir sind entschlossen, die Dinge bis zu dem Augenblick fortzutragen, wo durch eine internationale Zusammenarbeit das kommt, was kommen muß, wenn nicht die ganzen Welt versinken will in unendliche Not.

*

Während der Rede des Reichskanzlers waren die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen im Plenarsaal nur durch Beobachter vertreten.

— In der außerordentlichen Sitzung des Völkerbundsrates, die der Schlichtung des chinesisch-japanischen Konfliktes gewidmet ist, wurde der französische Außenminister Briand zum Präsidenten gewählt.

Höpker-Aschoffs Rücktritt.

Ueberraschung im wiedereröffneten Landtag.

Im Preußischen Landtag, der gleichzeitig mit der Wiedereröffnung des Reichstags seine Plenarberatungen wieder aufnahm, löste die Bekanntgabe des Rücktritts des Staatsministers der Finanzen Dr. Höpker-Aschoff nicht geringe Ueberraschung aus. Und das um so mehr, als der preußische Ministerpräsident Braun entgegen seiner sonstigen Gewohnheit auf eine sofortige Neubesetzung des freigewordenen Ministeriums verzichtet und sich damit begnügt hat, den Handelsminister Dr. Schreiber mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte des Finanzministers zu betrauen.

Bethel.

— **Christlicher Verein junger Männer.**

Heute 8 Uhr in Gosen Jungmännerkreis. Zinzendorf und sein Werk.

Donnerstag 8 Uhr Jungvolk-Abend mit dem Thema: Männer machen die Geschichte.

Freitag 8¼ Uhr Bibelstunde in Gosen. Jesaia 20—22. (Herr Pastor Schlatter.)

— Der Vaterländische Frauenverein, Ortsgruppe Bethel-Gadderbaum, veranstaltet am 22. dieses Monats eine Verlosung, deren Ertrag dazu dienen soll, wo die Nöte der Zeit besonders hart hineingreifen, sorgend und helfend beizustehen.

Wer in diesen Tagen seinen Weg am Hause Gosen vorbei nimmt, der versäume es nicht, einige Augenblicke an dem Fenster zu verweilen, in dem viele kleine und größere Sachen, welche von einer Reihe von Freunden geschenkt wurden, ausgestellt sind.

Es wäre nun zu wünschen, daß eine Betrachtung der schönen Verlosungsgegenstände vielen Veranlassung sein würde, ein Los oder mehrere noch zu kaufen, die die Bäckerei, Ophir und der Schlachthof für 50 Pfennig je Stück ausgeben. Damit alle Lose sehr bald untergebracht sind, wird herzlich um allseitige Mithilfe gebeten.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Jetzt wieder

Sanella

GARANTIE-MARGARINE

Glückstüten

R.M. 50.000 IN BAR und 40.000 SACHPREISE

★GRATIS! Holen Sie die Glückstüten bei Ihrem Kaufmann!



m1-SN 33-46

PREISVERTEILUNG WEIHNACHTEN

Heute morgen entschlief plötzlich nach langer Krankheit meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Johanne Siekmann

geb. Wörmann

im 44. Lebensjahr.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Familie Wilh. Siekmann

Jöllenbeck, den 12. Oktober 1931.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Oktob. 1931 vom Trauerhause, Niederjöllenbeck 204 aus statt.

Vorfeier daselbst 3 Uhr.

Der diesjährige

Heidschnuckenlammfleisch-Versand

hat begonnen. Postpaket ½ Braten, ½ Kochfleisch eins hl. Porto und Verpackung 8,50 M. Größere Mengen, Bahnversand, Angebot auf Anfrage.

Arbeiter-Kolonie, Freistatt, Kr. Sulingen (Prov. Hannover).

Marienheim

Leipzig, Marienstr. 14,

bietet alleinsteh. od. berufstät. od. in Ausbild. stehend. Damen behagl. Heim auf christl. Grundl. Pensionspreis monatl. Mk. 72—90. Zentr. Lage. Passant-Zimm. vorh.

Gebildetes

Fräulein

48 J., perfekte Köchin, erfahren in allen Hausarbeiten, umsichtig, (m. langjähr. Zeugnissen) sucht in gutem Hause Wirtschaftsposten, per 1. 11. oder später. Gefl. Off. an

M. F.
Karl-Güntherheim, Sondershausen i. Thür.

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Bodinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines

Bienen-Blüten-garant. Honigs

Dose 9 Pfd. netto 10.40 RM, vorwiegend Klee-Lindenblüte 12.20 RM, halbe Dose 5.90 RM und 6.90 RM, 1½ Pfd. netto 1.90 RM und 2.10 RM frei Haus. Nachn. 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme.

Krieger, Borgeln 2, Kr. Soest.

Dieser Honig ist auch in Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Eisen Metall- u. Holz-**Betten** Schlafzim. Stahlmatr. Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden. Teilz. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Wirtschaftsnot Wirtschaftshilfe durch **zinsfreie Postscheck-Verrechnungskredite**

An der Beseitigung der Wirtschaftsnot sollte heute jeder mithelfen. — Wir zeigen Wege und Ziele. — Unser

Bundesleiter Max Schneider spricht morgen

am Donnerstag, den 15. Oktober, 20 Uhr, in Bielefeld im „Kyffhäuser" über obiges Thema. — Eintritt frei!

Eigenheim-Bund Niedersachsen

Auskunft: Geschäftsstelle Bielefeld, Am Markt 4. — Telefon 1550

Vorzüglichen

Erholungsaufenthalt

bietet das im Weserbergland gelegene **Erholungsheim im Solling bei Dassel.** Sehr schöne Höhenlage, inmitten herrlicher Laub- und Fichtenwälder. Licht-, Luft- und Sonnenbäder. Gelegenheit zur Stille unter dem Wort Gottes. Ermäßigte Preise. Prospekte kostenlos. Anfr. an Friedr. Gramm.

Stellengesuche und Angebote

haben im „Aufwärts" **großen Erfolg!**

Soeben erscheint die dritte Auflage:

Kommt Kinder,

wir wollen Andacht halten!

Von Pfarrer **Richard Schulze.**

Die „Christliche Kinderpflege" urteilt:

Das sind Kinderandachten, wie sie sein sollen und wie sie schöner nicht sein können.

Verf. verfügt über eine ganz seltene Meisterschaft, über die tiefsten Fragen mit Kindern frisch, fesselnd und unvergeßlich zu reden. Für Kirche, Schule u. Haus steht uns nichts gleich wertvolles zu Gebot. Gebunden Mk. 3.25

Verlag L. Ungelenk-Dresden A 27